5. Satzung

zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Kamen
vom 15. November 1999

Artikel 4

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. 07. 1994 (GV NW S. 666) zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. 06. 1999 (GV NW S. 386) hat der Rat der Stadt Kamen in seiner Sitzung am 11.11.1999 die folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

Im § 12 der Hauptsatzung werden folgende Änderungen vorgenommen:

Absatz 2 erhält folgende Fassung:

- (2) dem Bauausschuss die Vergabe von Leistungen und Lieferungen aufgrund von Ausschreibungen nach der VOB im Werte ab 100.000 DM / 52.000 Euro im Rahmen der im Haushaltsplan bereitgestellten Mittel;

Absatz 7 erhält folgende Fassung:

- (7) dem Schul- und Sportausschuss die Ausübung des Vorschlagsrechtes für die Besetzung der Stellen der Schulleiter und der ständigen Vertreter nach § 21 a des Schulverwaltungsgesetzes, die Vergabe von Aufträgen zur Beschaffung von Schul- und Sportstätteneinrichtungen im Werte ab 100.000 DM / 52.000 Euro und die Entscheidungen über Beihilfen für sporttreibende Vereine und Verbände, Freizeitmaßnahmen und Sport- und Freizeitförderung im Rahmen der im Haushaltsplan bereitgestellten Mittel;

Artikel 5

Artikel 2

Im § 13 Absatz 3 der Hauptsatzung werden unter Punkt a) der Betrag von 15,00 DM um 8,00 Euro und unter Punkt d) der Betrag von 50,00 DM um 26,00 Euro ergänzt.

Artikel 3

Im § 16 Absatz 3 der Hauptsatzung werden folgende Änderungen vorgenommen:

Die Beträge in den Punkten a) bis f) werden wie folgt geändert:

a)	100.000 DM / 52.000 Euro
b)	100.000 DM / 52.000 Euro
c)	50.000 DM / 26.000 Euro
d)	50.000 DM / 26.000 Euro
e)	10.000 DM / 5.200 Euro
	30.000 DM / 15.600 Euro
f)	5.000 DM / 2.600 Euro

Punkt b) erhält den Zusatz:

„Der Bürgermeister hat über Auftragsvergaben nach der VOB im Werte zwischen 50.000 DM / 26.000 Euro und 100.000 DM / 52.000 Euro dem Bauausschuss zu berichten.“

Artikel 4

Im § 17 der Hauptsatzung werden folgende Änderungen vorgenommen:

Absatz 1 erhält folgende Fassung:

Die Entscheidungen über die Einstellungen und Beförderungen von Beamten ab der Besoldungsgruppe A 12 geschehen durch Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses.

Dieses gilt auch für Einstellungen und Höhergruppierungen von Angestellten ab der Vergütungsgruppe BAT III (Grundeingruppierung) und der Pflegedienstleitung des Städtischen Hellmig Krankenhauses. Ausgenommen sind Einstellungen und Höhergruppierungen von Assistenzärzten.

Absatz 2 erhält folgende Fassung:

Sonstige Entscheidungen auf dem Gebiet des Arbeits- und Tarifrechtes, des Beamten- und Besoldungsrechtes sowie die in Absatz 1 genannten Entscheidungen bei

- Beamten bis einschl. der Besoldungsgruppe A 11,
- Angestellten bis einschl. der Vergütungsgruppe BAT IV a (Grundeingruppierung),
- Assistenzärzten,
- Angestellten im Pflegedienst mit Ausnahme der Pflegedienstleitung,
- Arbeitern

obliegen dem Bürgermeister.

Artikel 5

Diese Satzung tritt mit Ausnahme der Festsetzungen in Euro am 15.11.1999 in Kraft.

Die Festsetzungen in Euro gelten ab 01.01.2002.
Die Festsetzungen in der DM-Währungseinheit entfallen zu diesem Zeitpunkt.

a)	100.000 DM / 52.000 Euro
b)	100.000 DM / 52.000 Euro
c)	50.000 DM / 26.000 Euro
d)	50.000 DM / 26.000 Euro
e)	10.000 DM / 5.200 Euro
f)	30.000 DM / 15.800 Euro
g)	5.000 DM / 2.800 Euro